



Die Rolle der Justiz in der Psychiatrie

Psychiatrie und Zwang: Das ist ein immer wiederkehrendes Thema, das auch während der Vollversammlung durch Professor Peter Brieger, Ärztlicher Direktor des kbo-Isar-Amper-Klinikums, und Vladimir Klokocka, Richter am Landgericht Kempten, vertieft und dann diskutiert wurde. Brieger wies in seinem Vortrag auf die unterschiedlichen Gründe für eine Unterbringung hin und erläuterte die Unterschiede zwischen einer strafrechtlichen, einer öffentlich-rechtlichen beziehungsweise der zivilrechtlichen Unterbringung. „In der Öffentlichkeit werden diese Formen nicht immer scharf genug voneinander getrennt“, so Brieger. Ausdrücklich wies er darauf hin, dass die sogenannte Zwangsbehandlung, also zum Beispiel eine Zwangsmedikation, nicht Gegenstand von Unterbringungsverfahren sind. Professor Brieger: „Unser Ziel ist es, Unterbringungen soweit wie möglich zu vermeiden, da sie einschneidende Momente für die Menschen sind“. Für den Fall, dass eine Unterbringung aber nicht zu vermeiden ist, müsse das Ziel sein, diese so human wie möglich zu gestalten.

Klokocka verwies zu Beginn auf die unterschiedlichen Ausgangssituationen der Beteiligten hin: Während die Ärzte sich dem hippokratischen Eid und zur Hilfe verpflichtet fühlen, orientieren sich Juristen zunächst an der Frage, ob jemand sich tatsächlich gegen seinen Willen helfen lassen muss oder sich auf sein „Recht auf Krankheit“ berufen darf und kann. Juristen müssten einen Eingriff in die Grundrechte der Selbstbestimmung genau abwägen, bevor weitere Beteiligte und Gremien eingeschaltet werden müssen. Menschen können zwar Hilfe ablehnen, aber sie stoßen dabei an die Grenzen, wenn die freie Willensbestimmung nicht mehr gegeben ist. „Bei psychischen Erkrankungen wird dies immer wieder auch der Fall sein“, so Klokocka. Dabei ging er auf das geplante PsychKHG ein, das sich zum Ziel gesetzt habe, Unterbringungen und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden und stattdessen die Prävention zu stärken. Aus Sicht Klokockas bringt das Gesetz gegenüber einer zivilrechtlichen Unterbringung Vorteile.

> HENNER LÜTTECKE FOTO DPA

Forderungen des Bezirkstags zur Landtagswahl

Anlässlich der Landtagswahl am 14. Oktober 2018 haben die Delegierten bei der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags zwölf Forderungen an den Freistaat Bayern verabschiedet. Mit diesen wird deutlich, bei welchen Themen die bayerischen Bezirke die künftige Landesregierung in der Pflicht sehen. Die bayerischen Bezirke fordern ein Wahlrecht bei Bezirks- wahlen auch für EU-Bürger. Zwar haben diese ein aktives und passives Wahlrecht bei Gemeinde- und Landkreiszahlen, jedoch nicht bei Bezirks- wahlen. Dagegen begrüßt der Bezirkstag, dass der Freistaat den Ausbau von E-Government und die Digitalisierung der Verwaltung unterstützt, hält jedoch weitere Maßnahmen für notwendig.

Beim kommunalen Finanzausgleich sprachen sich die Delegierten für eine prozentuale Beteiligung der Bezirke am allgemeinen Steuerverbund bei einer gleichzeitigen entsprechenden Anhebung des kommunalen Beteiligungssatzes aus. Im Bereich der Finanzen fordern sie zudem vom Freistaat die Übernahme der Jugendhilfekosten für unbegleitete einreisende minderjährige Ausländer auch nach dem Erreichen des 18. Lebensjahres. Eine dauerhafte Aufstockung der staatlichen Fördermittel für Krankenhausinvestitionen wurde von der Staatsregierung bereits in Aussicht gestellt. Hier mahnt der Bezirkstag an, dies nun auch umzusetzen. Ein weiteres drängendes Problem für ist der Fachkräftemangel in Medizin und Pflege, wogegen umfassende Maßnahmen ergriffen werden müssten.

Zur besseren Unterstützung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen hat sich der Bezirkstag für die flächendeckende Einführung wohnortnaher Beratungsstellen, so genannter Pflegestützpunkte, ausgesprochen. Die Bezirke stellen sich dieser Aufgabe, fordern jedoch eine finanzielle Unterstützung vom Freistaat. Auch sollten die staatlichen Fördermittel für die Schaffung von inklusivem Wohnraum aufgestockt werden. Der Bezirkstag rügt zudem die Schlechterstellung pflegebedürftiger Menschen, die in stationären Eingliederungshilfeeinrichtungen wohnen und erwartet vom Freistaat eine Initiative zur notwendigen Gesetzesänderung auf Bundesebene. Des Weiteren erneuerten die Delegierten ihre langjährige Forderung, Schulen in Bayern so auszustatten, dass eine Beschulung von jungen Menschen mit Behinderung ohne den Einsatz von Schulbegleitern möglich ist. > U.L.

Aussprache über den Rechenschaftsbericht des Bezirkstagspräsidenten

„Wir stehen für Menschlichkeit“

In den vergangenen fünf Jahren haben wir viel bewegt und auch erreicht. Die sieben Bezirke stehen für Heimat und Menschlichkeit zugleich. Josef Mederer hat sehr gut gearbeitet“, so eröffnete Erwin Dotzel, Sprecher der CSU, die traditionelle Aussprache, nachdem der Bezirkstagspräsident seinen Rechenschaftsbericht vorgelesen hatte.

Dotzel ging auf verschiedene Themen ein, so auch auf die Teilhabe am Arbeitsleben. „Auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt können Werkstätten ein wichtiger Zwischenschritt sein; allein in Unterfranken haben so fast 100 Menschen neue Arbeitsplätze gefunden



Erwin Dotzel, Sprecher der CSU.

FOTO BSZ



SPD-Sprecher Wolfgang Bähler.

FOTO BSZ

und sind gut integriert. Als einen Meilenstein bezeichnete Erwin Dotzel das PsychKHG, das nach dem aktuellen Stand eine echte Hilfe für Menschen sei und Rechtssicherheit gebe. In der Diskussion um die exakte Ausgestaltung des Gesetzes hätten die Bezirke durch klare Impulse und sachliche Argumente überzeugt, so Dotzel. Neue Herausforderungen sieht der Unterfranke auch: Die zum Teil schon umgesetzten Pflegestützpunkte müssten in ganz Bayern implementiert werden.

Wolfgang Bähler, Sprecher der SPD, stellte das Thema der Vollversammlung in den Mittelpunkt seines Beitrags: „Die Stigmatisie-

rung psychisch Kranker ist leider immer noch aktuell. Es ist unsere Aufgabe als Bezirke, diesen Vorurteilen entschieden entgegen zu treten. Darum ist es wichtig, dass wir darauf reagieren. Mit dem Aufbau und Ausbau neuer Angebote, aber auch bei unserem Engagement beim PsychKHG, das nun eine gute Lösung ist“.

Tamara Bischof, die Sprecherin der Freien Wähler, verwies ebenso auf Erfolge der Bezirke. So lobte sie das Budget für Arbeit, das sehr hilfreich sei. In einem Modellprojekt seien Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt worden. „Sie sind wertvolle Mitarbeiter, geschätzt von dem Ar-



Tamara Bischof, Sprecherin der Freien Wähler.

FOTO BSZ

beitgeber und Kollegen“, so Bischoff. Ihre Forderung an Kultusminister Bernd Siebler: „Nehmen Sie sich bitte verstärkt des Themas Schulbegleiter an, hier herrscht noch Handlungsbedarf.“

Kirsi Hofmeister-Streit, Sprecherin der Grünen, ging ebenfalls auf die noch herrschenden Vorurteile gegenüber psychisch Kranken ein. Der erste Entwurf des PsychKHG, das von der Staatsregierung vorgelegt worden sei, sei nicht ausgereift gewesen. Erst durch die gemeinsame Initiative von Bezirken, Verbänden, Profis, Angehörigen und Psychiatrieerfahrenen habe das Umdenken der Staatsregierung geschafft. > H.L.

Die Sprecherin der Grünen, Kirsi Hofmeister-Streit.

FOTO BSZ

Der Oberfranke war zehn Jahre Erster Vizepräsident

Günther Denzler nimmt Abschied vom Bezirkstag

Günther Denzler, Erster Vizepräsident des Bayerischen Bezirkstags, nutzte in Passau sein traditionelles Schlusswort bei der Vollversammlung zu einigen sehr persönlichen Anmerkungen. Da er sich entschlossen habe, sowohl als Bezirkstagspräsident von Oberfranken als auch dann für das Präsidium des nächsten Bezirkstags nicht mehr zu kandidieren, danke der 70-Jährige all jenen, die seine lange aktive kommunalpolitische Laufbahn in den Spitzenämtern der dritten kommunalen Ebene begleitet und mitgeprägt hätten.

Dank an Hölzlein, Mederer und Stefanie Krüger

Stellvertretend nannte er den früheren Verbandspräsidenten Manfred Hölzlein und das heutige Präsidium des Bezirkstags, hier seine Mitstreiterin Christa Naaß. Immer sei die Arbeit vertrauensvoll und engagiert gewesen. Besonders aber hob er die enge und gute Kooperation mit dem heutigen Bezirkstagspräsidenten Josef Mederer



Der CSU-Politiker Günther Denzler war seit 2008 Erster Vizepräsident.

FOTO DPA

hervor, dessen Tatkraft nach innen wie nach außen für die so wichtigen Anliegen der Bezirke stets einflussvoll gewesen sei. „Ich habe Dich dabei auch persönlich geschätzt“, hob Denzler an die Adresse Medererers hervor.

Auch der Geschäftsführerin des Bezirkstags, Stefanie Krüger, zollte er Dank. Immer sei das Zusammenwirken konstruktiv und im menschlichen Miteinander angenehm gewesen. Zuvor hatte er die aktuelle Tagung noch einmal kurz bilanziert. Das gewählte Thema mit dem Schwerpunkt „Entstigmatisierung“ habe Weichen neu gestellt und Türen weiter geöffnet. „Es waren gute Referate und Diskussionen“, führte Denzler aus. > ULRICH LECHLEITNER

Diskussionsrunde mit Politikern und Patienten

Vorurteile gegenüber Erkrankten abbauen

„Von meiner Diagnose habe ich erst erfahren, als ich meinen Arztbrief öffnete und las, dass ich eine sogenannte F20-Diagnose / Schizophrenie habe. Niemand hatte mir dies in einem persönlichen Gespräch erläutert“. So beschrieb Susanne Stier, Mitglied der Münchner Psychiatrie Erfahrenen (MÜPE) ihren Weg. Auf dem Podium diskutierten Stier, Rita Wüst (Vorsitzende Angehörige psychisch Kranker), Bezirkstagspräsident Josef Mederer und die Moderatorin Anouschka Horn, wie die Politik die noch immer vorhandenen Vorurteile gegenüber psychisch Kranken abbauen kann.

„Manchmal fühle ich mich als zweitklassiger Mensch“

Einfach ist diese Aufgabe nicht. Noch immer beherrschen Ängste und Fehlinformationen die öffentlichen Diskussionen. Auch die Medien differenzieren dabei nicht, sondern greifen eher allgemeine psychische Erkrankungen

auf und verzerren dabei die Wirklichkeit. Wüst hat aus ihren eigenen familiären Erfahrungen wichtige Erkenntnisse gezogen. „Auch wir „Gesunden“ müssen uns immer wieder hinterfragen, was wir wie erlebt haben und ob das Erlebte auch für alle gilt. Menschen, die Angst vor psychischen Erkrankungen haben, sollten über ihre eigenen Ängste reflektieren“.

„Manchmal fühle ich, fühlen wir uns als Menschen zweiter Klasse wegen solcher Vorurteile.“ Diese Ressentiments täten ihrem Selbstbewusstsein und Selbstverständnis aber nicht gut – im Gegenteil, so die Betroffene

„Unsere Aufgabe als Politiker ist es, gegen diese Vorurteile entschieden vorzugehen und damit zu helfen, sie abzubauen. Unsere Vollversammlung ist dabei ein wichtiges Zeichen“, erklärte Bezirkstagspräsident Mederer. Dabei ging er auch auf das PsychKHG ein, dass endlich die notwendige Rechtssicherheit gebe. „Wir müssen alle Anstrengungen darauf konzentrieren, dass psychische Erkrankungen normal sind.“ > HENNER LÜTTECKE

Psychisch Kranke: Verzerrtes Bild in Film und Fernsehen

„Am Ende vieler Krimis und Thriller steht fest: Der Täter war psychisch krank.“ Mit diesem Beispiel leitete die Diplom-Psychologin und freie Journalistin Jana Hauschild ihren Vortrag mit dem provokanten Titel *Irre in den Medien* ein. In diesem zeigte sie bei der Vollversammlung auf, welchen Einfluss Film, Fernsehen und Presse bei der Stigmatisierung von psychisch kranken Menschen haben.

Hintergrund: Eine Verknüpfung von „verrückt“ und „böse“ ist unbestritten ein beliebtes Motiv in Film und Fernsehen, jedes Jahr kommen neue entsprechende Streifen ins Kino. Besonders erschreckend: Unzählige Beispiele dafür lassen sich sogar in Kindermedien finden. Die negative Folge davon ist, dass diese Verbindung bei den Zuschauern tief verwurzelt hängen bleibt.

Ein weiteres Problem ist die verzerrte Darstellung von Psychotherapie und Psychiatrie. Zwangsjacken, Elektroschocks zur Strafe, aufgezwungene Gehirn-Operationen oder unethisches Verhalten von Therapeuten werden gerne für Drehbücher herangezogen.

Auf der anderen Seite – und dies ist nicht weniger kritisch zu sehen – können falsche Hoffnungen durch Überzeichnungen geweckt werden. Zum Beispiel erfolgt die Psychotherapie nicht Schritt für Schritt, sondern es gibt den Moment des spektakulären „Durchbruchs“ – und plötzlich ist der Patient geheilt.

Die Stigmatisierung von psychisch Kranken wird aber nicht nur durch die fiktive Welt gefördert, sondern leider auch aufgrund von Presseberichterstattungen. Reißerische Schlagzeilen sollen Leser generieren. Dafür werden ganz gezielt Klischees und Stereotypen bedient.

Doch was kann man dagegen tun? Jana Hauschild plädiert für eine bessere Sensibilisierung und Schulung der Medienvertreter. Denn diese orientieren sich mittlerweile viel zu sehr daran, was Leser unterhält und zu wenig daran, was diese bildet und sachgerecht informiert. Leider werden auch Aufklärungskampagnen selten aufgegriffen und es finden sich in Deutschland kaum Prominente, die mit ihrer psychischen Erkrankung an die Öffentlichkeit gehen. Medien – so Hauschild – müssen sich jedoch unbedingt ihrer Verantwortung bewusst werden und ihren Einfluss nutzen, um die Stigmatisierung von psychisch Kranken abzubauen. > CONSTANZE HÖLZL